

Einstellungen und Sprachgebrauch politischer Repräsentant*innen zu Migrationspolitik

Eine triangulative Studie aus Umfragen und Plenarprotokollen

Merve Schmitz-Vardar und Christoph Leonhardt¹

1 Einleitung

In einer modernen Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland ist die Anerkennung der multiethnischen politischen Gemeinschaft als Selbstwahrnehmung nicht nur rein begrifflich zu verstehen. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität von Demokratien (Schmitz-Vardar 2020), weil Migrationspolitik auch immer mit Fragen von Identitäts- und Gesellschaftspolitik verbunden ist. In Demokratien können Fragen der Steuerung von Migration und Integration entlang des Gegensatzpaares geschlossener und offener Gesellschaften verortet werden (Lauth et al. 2014: 306). Mit der Hypothese des *democratic gap* wird im Bereich der Einwanderungspolitik eine Kluft zwischen politischen Repräsentant*innen und Bürger*innen angesprochen, die davon ausgeht, dass einwanderungskritische Haltungen bei den Bürger*innen wesentlich ausgeprägter sind (Kolb 2003: 17). In der Responsivitätsforschung meint *gaps* mögliche Kongruenzen und Inkongruenzen zwischen den (dominanten) Präferenzen in der Bevölkerung und den formulierten Policies durch die politischen Eliten aufzudecken (u. a. Wleziën 1995). In (europäischen) Regierungen sei darüber hinaus ein weiterer *gap* zwischen migrations-skeptischen Äußerungen und einer auf Basis ökonomischer Motive eher liberalen Einwanderungspolitik zu beobachten (Hollifield 1992: 581). Dabei

1 Die Reihenfolge der Autor*innen wurde durch einen Münzwurf bestimmt. Beide Autor*innen haben zu gleichen Teilen zum vorliegenden Beitrag beigetragen.

gibt es auch auf Ebene der Eliten unter Bedingungen komplexer Kompromissfindungen *gaps* zwischen den Präferenzen politischer Akteur*innen und politischen Entscheidungen. Inkongruenz von Einstellungen und Sprachgebrauch politischer Repräsentant*innen kann darauf hindeuten. Möglich ist, dass die Spannweite der Präferenzen dieser Repräsentant*innen, die auch als politische Eliten im engeren Sinne verstanden werden, zwischen offener und geschlossener Gesellschaft groß ist. »Politische Akteure können bei der Definition der politischen Gestaltungsaufgaben sehr unterschiedliche Akzente setzen« (Blätte 2017: 169) und verfügen über privilegierten Zugang, ihre Einstellungen in der öffentlichen Arena wirksam vorzutragen (Knaut 2019).

Das Verhalten politischer Eliten spielt – so die politische Kultur- und Demokratieforschung – für die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme eine zentrale Rolle. Drei von vier Ebenen demokratischer Konsolidierung, die für die Legitimität und Stabilität einer Demokratie entscheidend sind, beziehen sich auf das Verhalten von politischen Eliten (Merkel 2011). Diese Betrachtung vernachlässigt jedoch das reziproke Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden, da (Teile der) Bürger*innen eines Gemeinwesens das Fundament des Mandates bilden (Schmitz-Vardar 2021). Durch die kollektiv bindenden Entscheidungen kommt den Parlamentarier*innen – unter Berücksichtigung der Gewissensfreiheit – eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu. Daher befasst sich dieser empirisch-analytische Beitrag mit der Frage: *Wie schlagen sich dominante migrationspolitische Einstellungen von Repräsentant*innen politischer Parteien in ihrem Sprachgebrauch nieder?*

Der Fokus des Beitrages richtet sich auf Einstellungen und Sprachgebrauch politischer Repräsentant*innen, um eine systematisch-methodische Annäherung im Rahmen eines triangulativen Verfahrens zu ermöglichen. Als Anwendungsbeispiel werden Umfragedaten in Kombination mit Verfahren der computergestützten Inhaltsanalyse und des *Text Minings* mit parlamentarischen Debatten diskutiert. Für die Betrachtung der Einstellungsmuster wird die Kandidatenstudie 2017 (GLES 2018) herangezogen. Für die sprachliche Analyse wird auf das GermaParl-Korpus der Reden des deutschen Bundestages (Blätte 2020) zurückgegriffen.

2 Theoretische Überlegungen: Liberale oder restriktive Migrationspolitik – Grundlagen und diskursive Folgen

2.1 Migrationspolitik in Deutschland

Migrationspolitik, verstanden als »der Versuch staatlichen Handelns zur Steuerung grenzüberschreitender Wanderungsbewegungen« (Lauth 2017: 20), kann unterschiedliche Formen annehmen, die sich entlang des Gegensatzes von geschlossener und offener Gesellschaft orientieren (Lauth et al. 2014: 306). Im politischen Raum stehen liberale migrationspolitische Maßnahmen restriktiven migrationspolitischen Maßnahmen gegenüber. Thielemann und Hobolth beschreiben diese beiden Spielarten auch als »two opposite empirical dynamics« migrationspolitischer Entscheidungen (2016: 643). Schammann stellt zusammenfassend fest, »dass die faktische Migrationspolitik westlicher Demokratien weiterhin zwischen den Polen des Paradoxons pendelt und meist einen Mittelweg zwischen rigider Abwehr und vorbehaltloser Aufnahme einschlägt« (2018: 71-72).² Liberale Policies werden hier als solche Maßnahmen verstanden, die die Rechte für Migrierende ausweiten. Hingegen stellen restriktive Policies solche dar, in denen die Rechte dieser beschränkt werden sollen.

Migrationspolitische Entwicklungen einzelner Staaten – wie auch in Deutschland – sind dabei divers und im Zeitverlauf dynamisch. Von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 war die deutsche Einwanderungspolitik charakterisiert von der über Anwerbeabkommen gesteuerten aktiven Aufnahme sogenannter Gastarbeiter*innen. Politische Entscheidungen waren geprägt von dem vorübergehenden Aufenthalt der Zuwander*innen, sodass eine auf Dauer angelegte Integration in die Mehrheitsgesellschaft jenseits arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen weder notwendig noch politisch geboten erschien. Nachdem sich die antizipierte Rückkehr der Angeworbenen nicht im vollen Umfang realisierte, erfuhr die Einwanderungspolitik 1978 unter der sozial-liberalen Koalition mit der Etablierung des Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen (Heinz Kühn, SPD) eine institutionelle Basis, wenngleich sich die »vergleichsweise weitreichenden Vorschläge«

2 Die Dichotomie wird den zu beobachtenden Migrationspolicies nicht immer gerecht. Auch besteht eine breite Debatte darüber, wie absichtsvoll oder eindeutig diese Policies formuliert werden (u. a. Czaika/De Haas 2013).

(Bendel/Borkowski 2016: 101) nicht durchsetzen konnten. Diese erste Anbahnung eines liberaleren einwanderungspolitischen Paradigmas endete mit der Nachfolgeregierung von CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl, die die Beschreibung von Deutschland als Einwanderungsland ablehnte und weiterhin die Rückkehr der in Deutschland lebenden Zuwanderer*innen förderte (Bendel/Borkowski 2016: 101). Bendel und Borkowski resümieren für die 1980er Jahre: »Resultierend aus der defensiven Erkenntnisverweigerung bei gleichzeitiger politischer Konzeptionslosigkeit gingen die 1980er Jahre als »verlorenes Jahrzehnt« in die Geschichte ein« (2016: 101). Während ab den 1990er Jahren Maßnahmen beschlossen wurden, die die Einwanderungspolitik liberalisiert haben (Neufassung des Ausländergesetzes, neues Staatsangehörigkeitsgesetz, Süßmuth-Kommission), sei erst mit der Implementierung des neuen Zuwanderungsgesetzes unter der Regierung von SPD und Grünen 2005 ein »Paradigmenwechsel in der deutschen Einwanderungspolitik« zu sehen (Bendel/Borkowski 2016: 101-102). Ein zweiter Paradigmenwechsel wird in der Öffnung von integrationspolitischen Maßnahmen für Asylsuchende und Geduldete identifiziert, die zuvor Zuwanderer*innen vorbehalten waren (Bendel/Borkowski 2016: 106-107).

Die Geschichte der Bundesrepublik ist damit nicht durch eine gradlinige Liberalisierung der Migrationspolitik gekennzeichnet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schreibt beispielsweise der *Migrant Integration Policy Index* (MIPEX) zur migrationspolitischen Situation: »As a result, with a score of 58/100, Germany's integration policies are ranked by the 2020 MIPEX core indicators as nearly »slightly favourable«, but only for »temporary integration««. Insbesondere Familienzusammenführungen und langfristige Sicherheit von Nicht-EU-Bürger*innen werden hierbei angemerkt (MIPEX 2020). Migrationspolitische Maßnahmen sind nicht determiniert, sondern meist der aktiven Gestaltung zugänglich (Blätte 2016a: 771). Der historische Überblick zeigt häufig komplexe Kompromisslösungen auf, die sowohl liberale als auch restriktive Elemente beinhalten. Außerdem sind Fragen der Formulierung und Implementierung sowie der effektiven Steuerung durch zahlreiche sogenannte *gaps* charakterisiert (Czaika/De Haas 2013: 492-495). Dieser Beitrag nimmt – diesen *gaps* vorgelagert – die migrationspolitischen Einstellungen politischer Entscheidungsträger*innen einerseits und ihr parlamentarisches Diskursverhalten andererseits in den Blick. Die zentrale Herausforderung besteht in der Übersetzung der Fragestellung aus der Umfrage auf den politischen Diskurs, deren Umsetzung mit den gängigen Verfahren dargestellt wird.

2.2 Gründe und Auswirkungen liberaler und restriktiver Einstellungen

Die Möglichkeit der aktiven Gestaltung unterschiedlicher Politikerfelder wird durch verschiedene Kontextfaktoren beeinflusst. Mit Blick auf die politischen Eliten ist dabei die Frage nach der Rolle von Parteien (*»Do Parties Matter?«*, von Beyme 1981) zentral, die mit der Parteiendifferenzthese beschrieben wird. Der These liegt die Annahme zugrunde, dass sich die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung auf die verfolgten Policies auswirkt (Wenzelburger 2015: 82). Mit Blick auf die Migrationspolitik wird unterstellt, dass Vertreter*innen linker Parteien tendenziell liberalere Positionen einnehmen als die Vertreter*innen rechter Parteien. Dass dies nicht a priori stimmen muss und unterschiedliche Rationalitäten andere Schlussfolgerungen zulassen, zeigt Blätte mit dem Dilemma ›linker‹ Parteien, die die ›Interessen einkommensschwächerer Gruppen‹ durch die Ablehnung weiterer Zuwanderung vertreten (2016a: 774). De Haas und Kolleg*innen (2019: 901) deuten an, dass Vertreter*innen liberaler und restriktiver Migrationspolitiken häufig in derselben Partei zu finden sind, weshalb sich Präferenzen nicht zwangsläufig in Parteiendifferenz niederschlagen. Mit Debus und Bäck gibt es darüber hinaus »Evidenz dafür, dass – je nach Ausgestaltung des Wahlsystems – Abgeordnete die Präferenzen ihrer Wähler in ihrem Handeln im Parlament berücksichtigen, selbst wenn dies den Interessen der eigenen Partei zu einem gewissen Grad zuwiderläuft« (2014: 333).

Für die Gründe liberaler und restriktiver Einstellungen zu Migrationspolitik werden neben der Fraktionszugehörigkeit das *antizipierte politische Umfeld* und eigene *migrationsbezogene Einstellungen* berücksichtigt. Die Frage nach Einstellungen und Positionierungen – auch im Kontext von Migration – entsteht nicht im luftleeren Raum. Im Kontext von Rational-Choice-Theorien wurden drei grundsätzliche Verhaltensweisen für politische Repräsentant*innen in Parteien formuliert, die nicht immer klar voneinander zu trennen sind. Mit dem Streben Wähler*innenstimmen (*vote-seeking*) zu maximieren, um politische Mandate (*office-seeking*) besetzen und politische Inhalte (*policy-seeking*) durchsetzen zu können (Strøm/Müller 1999), ist davon auszugehen, dass die antizipierten Einstellungen ihrer Wähler*innenschaft und der Partei zentrale Rollen für die Einstellung von Mandatsträger*innen spielen. Politische Repräsentant*innen haben je nach der Zusammensetzung ihres Kollektives andere Anforderungen – insbesondere an den Orten, an denen Migration als vermeintlich sichtbarer Indikator das zwischenmenschliche Alltagsleben beeinflusst (Schmitz-Vardar 2020). Gesellschaftliche Ereignisse wie der Mordan-

schlag von Solingen 1992, die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992, die Ausschreitungen in Chemnitz 2018 und der rassistisch motivierte Terroranschlag in Hanau 2020 führen zu Polarisierung, die nicht mehr in den klassischen Dimensionalitäten aufgeht. Migrationspolitische Fragen können in solchen Momenten die Wahlentscheidung von Bürger*innen beeinflussen. Für den gewünschten Wahlerfolg oder die Kandidaturaufstellung von Mandatsträger*innen ist es deshalb von Bedeutung, wie sie die Einstellung ihrer Partei oder ihrer Wähler*innen in der Migrationspolitik antizipieren. Ein an Bürger*innen orientiertes politisches Handeln »kann als ein Element von Responsivität – und damit einer ihrer Kernaufgaben – ausgelegt werden, [verliert] aber den Widerspruch zu einer demokratischen Repräsentation aus dem Blick« (Schmitz-Vardar 2021).

Die Befürwortung einer liberalen oder restriktiven Migrationspolitik muss nicht mit einer generellen Befürwortung oder Ablehnung migrationsbezogener Vielfalt zusammenhängen. Zunehmende Migration wird im Migrations-Integrations-Dilemma (Blätte 2016b) als Herausforderung für gelungene Integration gesehen, und gelungene Integrationspolitik kann wiederum Anreize für Migration schaffen. Daher gibt es auch eine Begründung dafür, trotz der Befürwortung migrationsbezogener Vielfalt eher restriktiv migrationspolitische Positionen zu vertreten. Eine liberale migrationspolitische Einstellung ist bei einer Ablehnung migrationsbezogener Vielfalt auf Basis beispielsweise komplexer Kompromisse oder aus ökonomischen Gründen denkbar. Im Generellen kann aber angenommen werden, dass sich die Befürwortung auch in einer liberalen Einstellung ausdrücken wird. Kymlicka und Norman (2000) weisen darauf hin, dass Staatsbürgerschaft im Rahmen demokratischer Theorien nicht auf den formalen Status und die daraus resultierende Vollmitgliedschaft in einer Gemeinschaft beschränkt ist. Das Axiom der Leistungsgesellschaft ist in der Migrationspolitik westlicher Demokratien verankert (Schammann 2018: 73). In meritokratischen Gesellschaften, in der das Prinzip der Nützlichkeit einen zentralen Stellenwert hat, kann der geschätzte (wirtschaftliche) Mehrwert von Einwanderung als weiterer Indikator der Befürwortung herangezogen werden.

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Einstellungsdimension, aber der Gestaltungsspielraum von Akteur*innen wurde damit nicht angesprochen. Als »Abgeordnete im Fraktionsparlament« haben Mitglieder des Deutschen Bundestages unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten, die stark durch institutionelle Regeln und Erwartungen geprägt sind (Ismayr 2012: 43–45). Während Abgeordnete daher angesichts hoher Partei- bzw. Fraktions-

disziplin selten gegen die generelle Linie der eigenen Partei stimmen, eignen sich parlamentarische Reden aus theoretischer Perspektive dafür, eigene Standpunkte darzustellen und Signale an die eigene Wähler*innenschaft zu senden, ohne zu hohe Kosten für die eigene Partei bzw. Fraktion zu verursachen (Debus/Bäck 2014: 335). Plenardebatten ermöglichen Redner*innen die Wahl, ob sie die Parteilinie oder ihre eigenen Standpunkte vertreten. Außerdem erlauben es Debatten beispielsweise, über das Mittel der »Erklärung zur Abstimmung« nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages etwaige Unterschiede zwischen individuellen Präferenzen und Abstimmungsverhalten öffentlich zum Ausdruck zu bringen (Sieberer 2015). Hierbei ist relevant, dass die Entscheidung, wem das Rederecht erteilt wird, der Fraktionsführung obliegt, sodass die Art der vorgetragenen Rede (Parteilinie oder individuelle Standpunkte) mithilfe eines zweistufigen Modells abgebildet werden kann: »The leader's decision to delegate floor time, as well as the member's decision about the type of speech to give, are functions of ideology, parliamentary institutions, and electoral concerns« (Proksch/Slapin 2015: 35). Zusammenfassend wird angenommen, dass sich die Einstellungen der Abgeordneten auf ihr Verhalten im parlamentarischen Raum niederschlagen. Hier gibt es Anreize, die dafür sorgen, dass dies nicht im Abstimmungsverhalten, sondern in den Sprechakten erfolgt; allerdings sind diese sowohl von ideologischen als auch von strukturellen Faktoren geprägt.

3 Methodische Überlegungen: Datentriangulation von Umfragen und Plenarprotokollen

3.1 Fallauswahl: Repräsentant*innen

Im Folgenden wird begründet, warum gerade die Einstellung und der Sprachgebrauch von politischen Mandatsträger*innen mit einem triangulativen Verfahren empirisch erfasst wird. In der Einstellungsforschung mit Umfragedaten werden in der Regel Bürger*innen oder Bewohner*innen eines territorialen Gebildes oder einer sozialen Gruppe analysiert. In diesem Kontext stellen Mandatsträger*innen eine soziale Gruppe dar. Dabei müssen politische Autoritäten »be recognized by most members of the system as having the responsibility for these matters; and their actions must be accepted as binding most of the time by most of the members as long as they act within the limits

of their roles« (Easton 1965: 212). Dieses Elitenverständnis ist als eine enge Begriffsverwendung zu verstehen.

Für den Sprachgebrauch politischer Repräsentant*innen in Parteien besteht die Möglichkeit, auf unterschiedliche textbasierte Daten zurückzugreifen. Ein wesentlicher Vorteil, der sich besonders für den explorativen Charakter des Beitrages in der Triangulation von Datenarten zeigt, ist, dass Politiker*innen im Vergleich zu den Wähler*innen »über relativ geschlossene bzw. kohärente ›belief systems« verfügen (Jankowski et al. 2019: 143). Glaubenssysteme bilden Geschichten ab, die den Realitätssinn von Individuen definieren (Converse [1964] 2006). Angenommen wird, dass die kohärenteren Glaubenssysteme es ermöglichen, vergleichbare Konzepte in den Einstellungen und im Verhalten messbar zu machen. Eine sinnvolle Auswahl der Methoden zeigt sich durch eine Theoretisierung von dem, was erreicht werden will. Geht es – wie in diesem Beispiel – darum, die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen des politischen Systems (Pickel/Pickel 2020) in den Mittelpunkt zu rücken, stellt sich die Frage, welche Datenarten gerade dies ermöglichen.

3.2 Datengrundlage, methodisches Vorgehen und zentrale Herausforderungen

In dem Beitrag werden die Möglichkeiten in der Kombination von Umfragedaten und Redebeiträgen im Bundestag für das Einstellungs- und Diskursklima diskutiert. Umfragedaten von Abgeordneten ermöglichen, das Einstellungsklima abzubilden, auf dessen Basis im politischen Raum auch Kompromisse geschlossen werden. Während die Umfrage einen strukturierten und verlässlichen Zugang zu den Einstellungen (künftiger) politischer Entscheidungsträger*innen erlaubt, ermöglicht die Analyse von Plenardebatten einen Elitendiskurs abzubilden, der primär der Darstellungsfunktion im politischen System dient. Reden werden gehalten, um eigene Standpunkte gegenüber der interessierten Öffentlichkeit und anderen parlamentarischen Akteur*innen darzustellen (Proksch/Slapin 2015: 17). Gegenstandsbezogen sind beide Verfahren deshalb anschlussfähig, da beide auf die – öffentlich wahrnehmbaren – Positionen der Akteur*innen abzielen. Aus theoretischer Warte ist hierbei die Subjektivität der Daten, die als ein klarer Vorteil der Umfrageforschung betrachtet wird, durch die textanalytische Auswertung in kontextualisierter Weise erfassbar. Triangulative Verfahren können daher helfen, konzeptionelle und methodische Lücken zu schließen. Hierbei ist allerdings

nicht nur angesprochen, dass Umfrageforschung, die sich vor allem auf quantitativer Ebene bewegt, lediglich von der Textanalyse zu überprüfenden Hypothesen oder zu kontextualisierende Befunde generiert. Wie auch Schnapp und Blätte (2018) argumentieren Schaal und Kolleg*innen für eine Überwindung der Trennung von qualitativen und quantitativen Ansätzen und für einen »hybriden Methodenmix von induktiven, abduktiven und deduktiven Verfahren der Wissensgewinnung« (2018: 57). Bei einer gelungenen methodischen Integration muss ein Weg gefunden werden, der nicht nur »rein data-driven und theorievergessen ist und nur nach Korrelationen in großen Datensätzen sucht« (Schaal et al. 2018: 62).

Die GLES-Kandidatenstudie (2018) ist eine anonymisierte Vollerhebung unter allen Direkt- und Listenkandidat*innen der Bundestagswahl 2017. Im Zeitraum vom 25.10.2017 bis 07.02.2018 wurden 805 Kandidat*innen derjenigen Parteien befragt, die vor der Wahl 2017 im Bundestag vertreten waren (SPD, CDU, CSU, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke) und um Parteien ergänzt, die nach Umfragen eine große Einzugschance hatten (FDP und AfD). Der Datensatz beinhaltet unter anderem den persönlichen Hintergrund der Befragten, das Verhalten im Wahlkampf, Einstellungen und Policy-Positionen wie auch Aggregat-Charakteristika der Wahlkreise und Bundesländer aus amtlichen Statistiken. Um die Grundgesamtheit mit Blick auf die Sprechakte gleich halten zu können, wurde das Anpassungsgewicht der Mandatsträger*innen (*wei_mdb*) gewählt. Dadurch sind nur die Personen in der Umfrage enthalten ($n=186$), die auch einen Wahlerfolg für sich reklamieren können und die Stichprobe um den Stimmanteil der Parteien, Geschlecht der Mandatsträger*innen, Altersgruppe sowie Kandidatortyp gewichtet, damit das Einstellungsklima der Zusammensetzung des Bundestags entspricht. Das Einstellungsklima der Fraktionen basiert nach dem Anpassungsgewicht auf Einstellungen von 65 CDU/CSU-, 40 SPD-, 25 AfD-, 21 FDP-Abgeordneten, 18 der Linken sowie 17 Abgeordneten der Grünen. Durch die anonyme Umfrage ist die Herstellung eines kausalen Zusammenhangs nicht möglich, da die Untersuchungseinheiten nicht homogen sind, d. h. es besteht keine Information darüber, auf welchen Kandidat*innen das Einstellungsklima beruht. Die Aggregation nach Fraktionen ermöglicht, das Einstellungsklima mit dem Diskursklima abzugleichen.

Für die Gründe migrationspolitischer Einstellungen werden neben der Fraktionszugehörigkeit das *politische Umfeld* mittels antizipierter Einstellungen von Wähler*innen und Partei aufgenommen. Eigene (ablehnende) *migrationsbezogene Einstellungen* werden mittels assimilatorischer Forderungen,

Forderungen nach einer Obergrenze für die Anzahl Geflüchteter sowie einer negativen Bewertung von Einwanderung für die deutsche Wirtschaft in einen additiven Index zusammengeführt. Die liberalen und restriktiven Einstellungen werden dabei mittels folgender Frage erfasst: »Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?« (1 = Zuzugsmöglichkeiten erleichtern bis 11 = Zugsmöglichkeiten einschränken).³ Im sozialwissenschaftlichen Kontext werden Likert-Skalen »aufgrund ihrer überprüften Verbalisierungen« (Heitmeyer 2002: 30) als intervallskaliert angesehen (Brosius et al. 2012: 38) und ermöglichen die Berechnung einer OLS-Regression.

Die Analyse des diskursiven Verhaltens der Repräsentant*innen basiert auf dem GermaParl-Korpus der Plenarprotokolle des Bundestages (Blätte 2020). Um die 19. Legislaturperiode, die den Untersuchungszeitraum des Beitrages darstellt, möglichst umfassend abzudecken, wurde der Zeitraum bis Mai 2021 erweitert.⁴ Die Protokolle wurden in individuelle Reden segmentiert, die anschließend so gefiltert wurden, dass nur Redebeiträge von Abgeordneten berücksichtigt und Sprecher*innen, die sich in anderen parlamentarischen Rollen äußerten (also als Regierungsvertreter*innen oder Sprecher*innen des Präsidiums), ausgeschlossen wurden. Um die Validität der späteren Analyse zu erhöhen, wurden außerdem nur Redebeiträge ausgewählt, die migrationspolitische Relevanz aufweisen, da dies der Fragestellung gerecht wird und die Ambivalenz der zu analysierenden Textstellen reduziert. Diese thematische Zuordnung einzelner Reden wurde mithilfe eines minimalistischen Wörterbuchs migrationspolitisch relevanten Vokabulars realisiert, das die Begriffe »*einwander*«, »*grenzkontr*«, »*grenzpol*«, »*grenzsch*«, »*migra*«, »*nachzug*«, »*zuwander*« und »*zuzug*« enthielt. Jede Rede, in der dieses Diktionär mindestens zwei Treffer erzielte, wurde in das Subkorpus aufgenommen.⁵ Die Analysen basieren im Resultat auf 1054 Redebeiträgen von 284 Sprecher*innen. Die 1054 Redebeiträge sind ungleichmäßig über die

3 Die Operationalisierung der theoretischen Konstrukte befindet sich im Anhang 1.

4 Die Aufbereitung des GermaParl-Korpus wurde an anderer Stelle beschrieben (Blätte/Blessing 2018).

5 Die Begriffe sind teilweise trunkiert (*). Dieses Diktionär ist sparsam gestaltet, um das Themenfeld möglichst allgemein abzudecken. Ein komplexeres und nach spezifischeren Anforderungen gestaltetes Diktionär haben etwa Blätte und Kolleg*innen (2020) entwickelt.

Fraktionen verteilt: AfD 365 Redebeiträge, CDU/CSU 228 Redebeiträge, SPD 148, FDP 129, Die Grünen 96 und Die Linke 88 Redebeiträge.

Um die Möglichkeiten textanalytischer Verfahren zu illustrieren, werden zwei quantifizierende Zugänge gewählt: Im ersten Teil wird – ähnlich zu Debus und Bäck (2016) – ein Skalierungsverfahren eingesetzt, das die Positionen von politischen Repräsentant*innen aus Redebeiträgen auf Basis des etablierten *Wordfish*-Verfahrens schätzt. Die grundlegende Annahme des Ansatzes ist, dass relative Unterschiede im Wortgebrauch politischer Akteur*innen Aufschluss über ihre Positionierung im politischen Raum geben. Als unüberwachtes Lernverfahren hat *Wordfish* den Vorteil, dass es nicht auf vorheriges Wissen wie manuell bewertete Referenztexte angewiesen ist (hierzu und einführend zur Methode: Slapin/Proksch 2008: 708).⁶ Während die Skalierung einen Überblick über die migrationspolitischen Debatten im Bundestag ermöglicht, werden die Äußerungen anschließend in Hinblick auf die Tonalität, mit der diese angesprochen werden, untersucht. Dies erlaubt auch die Betrachtung einzelner Aspekte der Debatte. Die Aufgabe, Einstellungen oder Meinungen aufgrund von Text zu bewerten, kann unter dem Begriff der Sentimentanalyse zusammengefasst werden. Häufig finden vordefinierte Wortlisten Anwendung, in denen die Tonalität individueller Wörter abgetragen wird (Wiedemann 2016: 34). Die Methode hat für viele politikwissenschaftliche Anwendungen eine hohe Attraktivität, die Rauh wie folgt zusammenfasst: »Taken together, dictionary-based sentiment analysis seems substantially relevant, is rather intuitive, comes with a high level of human supervision, and is relatively easy to implement« (2018a: 321).⁷ Sentimentanalysen stellen eine durchaus kontrovers diskutierte Methode dar, da ihnen die stark vereinfachte Annahme zugrunde liegt, dass der Ton eines Textes durch die Aufsummierung der Aufladung individueller Begriffe geschlossen werden kann (Rauh 2018a: 321). Die eingeschränkte Übertragbarkeit

6 Für das *Wordfish*-Verfahren wurden alle als thematisch relevant identifizierten Reden individueller Abgeordneter zu einem Dokument je Sprecher*in zusammengefasst, in eine *Document-Term-Matrix* überführt und dabei Begriffe, die in mehr als 95 Prozent aller Dokumente vorkamen, sowie *Stopwords*, kurze Worte und Ziffern entfernt. Resultierende Dokumente mit einer Länge unter 500 Worten wurden entfernt, um robustere Berechnungen zu ermöglichen (Debus/Bäck 2014: 341). Das traf auf 124 von 284 Dokumente zu.

7 Der Bezugspunkt sind wortlistenbasierte Verfahren der Sentimentanalyse. Für elaboriertere Techniken, die Wortkontexte durchaus mit einbeziehen, siehe neben Rauh 2018a: 319 u. a. Rudkowsky et al. 2018.

von einer Textgattung auf eine andere (Domänenspezifizität) ist ein weiteres Problem mit vorgefertigten »off-the-shelf«-Diktionären (Grimmer/Stewart 2013: 274-275), das auch auf Sentimentdictionäre zutrifft (Rauh 2018a: 321). Um diese Probleme zu adressieren, wird für die folgende Darstellung auf ein für politische Sprache optimiertes Sentimentdictionär zurückgegriffen, das Rauh auf Grundlage der etablierten deutschen Sentiment-Ressourcen SentiWS (Remus et al. 2010)⁸ und GermanPolarityClues (Waltinger 2010) entwickelt hat (Rauh 2018a).⁹

Für diese Analyse werden relevante Sätze identifiziert, deren Ton automatisiert bewertet wird. Dies erfolgt auf Basis von Wortlisten, mit denen migrationspolitische Sachfragen in ihre (vermuteten) parlamentarischen Manifestationen übersetzt werden (Kantner/Overbeck 2018: 169). Die Sachfragen wurden von der im Abschnitt 2.2 entwickelten *Befürwortung migrationsbezogener Vielfalt* abgeleitet. Konzeptionell folgt dies der Überlegung, dass die positive Bezugnahme auf »liberale Signalwörter« eine Zustimmung zu liberalen Policies vermuten lässt und umgekehrt negative Bezugnahmen eine Präferenz für eine restriktive Einwanderungspolitik. Die Identifikation von zu bewertenden Stellen hat weitreichende Konsequenzen, weshalb die verwendeten Diktionäre (Suchtermlisten) hinreichend valide sein müssen (Grimmer/Stewart 2013: 274-275). Die abstrakte Natur sozialwissenschaftlicher Untersuchungsgegenstände (Kantner/Overbeck 2018: 180) stellt dabei eine Herausforderung dar. Tabelle 1 zeigt das Ergebnis dieser Übertragung.

8 Rauh nutzt für seine Aufbereitung Version v1.8c. Inzwischen ist Version v2.0 unter https://pcai056.informatik.uni-leipzig.de/downloads/etc/SentiWS/SentiWS_v2.0.zip verfügbar (Zugriff am 31.01.2021).

9 Die Analysen wurden mit R durchgeführt (R Core Team 2020). Für *Wordfish* wurde die Implementierung von Lowe (2017) verwendet. Die Sentimentanalysen basieren auf den Replikationsskripten von Rauh (2018b).

Tabelle 1: Suchterme für die Sentimentanalyse

Migrationsthemen	Suchterme für die Sentimentanalyse	Sätze
Bekämpfung von Fluchtursachen	Fluchtursache*, Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit	170
EU-weite Verteilung von Flüchtlingen	Verteilmechanismus, Verteilungsmechanismus, Verteilungsschlüssel, Resettlement, europäisch*, Asylsystem, Dublin, GEAS	119
Fluchtmigration nach Deutschland	Familiennachzug*, *[Nn]achzug, Schutzberechtigte*, Familienzusammenführung, subsidiär* Schutz	353
Wirtschaftlicher Wert der Einwanderung	Fachkr(a ä)ft*, Berufsanerkennung, Punktesystem, Arbeitsmigration, Anerkennungsgesetz, Bluecard, Spurwechsel	642

Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Zunächst wurden assoziativ und theoretisch hergeleitete Kernterme mittels *Machine Learning*-Verfahren – *Topic Modelling* (Roberts et al. 2019), *Word Embeddings* (Mikolov et al. 2013) – datengetrieben erweitert und durch *Keyword-in-Context*-Analysen die Passgenauigkeit der Suchterme überprüft. Die numerischen Werte in der letzten Spalte geben Auskunft über die Anzahl der Sätze im migrationspolitischen Teil des Korpus, in denen mindestens ein Suchterm des jeweiligen Themas vorkam.

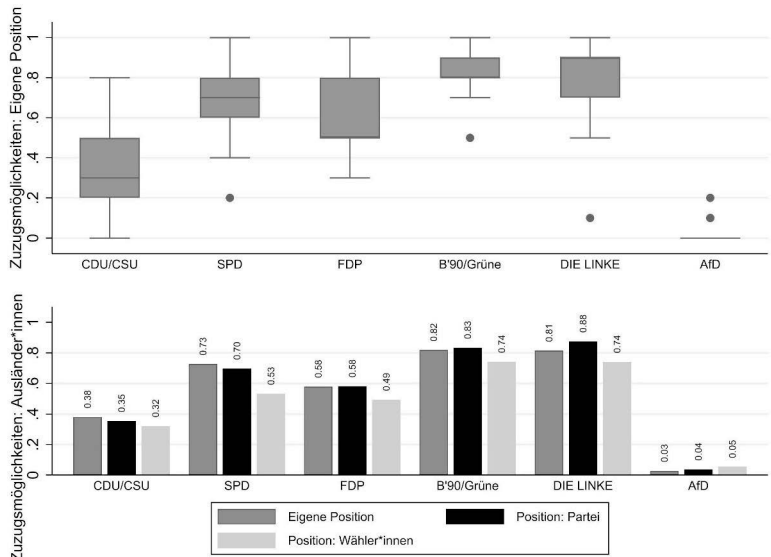
Die Kombination von *Wordfish* und Sentimentanalyse soll eine nähere Bestimmung der inhaltlichen Positionierung von Repräsentant*innen in der parlamentarischen Arena ermöglichen und stellt eine Art ›funktionales Äquivalent‹ dar, um mittels Umfragen erfasste Einstellungsdimensionen im Sprachgebrauch erkennen zu können. Das Potenzial des verfolgten triangulativen Ansatzes liegt darin, über Umfragedaten die migrationspolitischen Einstellungen politischer Akteur*innen entlang einer Skala zu erfassen, die durch die Pole »liberal« und »restriktiv« beschrieben werden kann. Anschließend wird über den textanalytischen Baustein untersucht, ob sich zuvor identifizierte Muster auch auf Ebene des Diskursverhaltens wiederfinden und bewertet, auf welche Art und Weise sich dies auf sprachlicher Ebene niederschlägt.

4 Empirische Befunde zu migrationsbezogenen Haltungen politischer Repräsentant*innen

4.1 Wie verteilen sich Einstellungen zu Migration und wodurch werden sie beeinflusst?

Wie steht es nun um die liberalen und restriktiven Einstellungen politischer Mandatsträger*innen und wie können diese erklärt werden? Abbildung 1 zeigt zunächst die Verteilung der eigenen Position mittels eines Boxplots. Gefragt wurde, inwiefern die Zuzugsmöglichkeiten von Ausländer*innen erleichtert oder eingeschränkt werden sollen. Durch die Normalisierung der Variable

Abbildung 1: Verteilung liberaler und restriktiver Einstellung zu Migrationspolitik nach Parteien



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der GLES-Kandidatenstudie 2017 (GLES 2018, ZA6814). Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden alle Werte normalisiert (0 bis 1). Die obere Visualisierung zeigt die Verteilung der eigenen Position zu den Zuzugsmöglichkeiten von Ausländer*innen mittels eines Boxplots unterteilt nach Parteien. Die untere Visualisierung zeigt die Verteilung der Mittelwerte.

steht 1 für eine liberale und 0 für eine restriktive Einstellung zu Migrationspolitik. Mit dem Boxplot wird visualisiert, wie die Positionen innerhalb von Fraktionen unterscheiden. Vor allem innerhalb der CDU/CSU wie der FDP wird eine breite Verteilung deutlich. Während innerhalb der CDU/CSU eine restriktive Einstellung dominiert und ca. ein Viertel der Abgeordneten eine liberale Einstellung haben, dominiert innerhalb der FDP eine vergleichsweise liberale Haltung. Bei Repräsentant*innen der Grünen, die sich klar liberal positionieren, besteht die geringste Varianz, gefolgt von SPD und die Linke. Quasi keine Varianz hingegen zeigt sich bei Mandanträger*innen der AfD, die klar restriktive Vorstellungen haben.

Mit dem Balkendiagramm werden die Mittelwerte zum Item unterteilt, nach Parteien visualisiert und die antizipierte Position der eigenen Partei sowie die antizipierte Position der Wähler*innen der jeweiligen Partei als Vergleich hinzugenommen. Im Schnitt weisen die Positionen der Mandatsträger*innen sowie die gedachte Position der Parteien und der Wähler*innen der Parteien eine eher liberalere Positionierung auf. Dies gilt vor allem für die Parteien B'90/Grüne (.82) sowie die Linke (.81). Dem folgt eine eher liberale Haltung bei Repräsentant*innen der SPD (.73). Eine klare Zuordnung für die FDP (.58) ist hier weniger möglich. Eine eher restriktive Einstellung findet sich bei der CDU/CSU (.38). Zuzugsmöglichkeiten weiter einzuschränken und damit einen sehr restriktiven Kurs verfolgt die AfD (.03). Im Generellen zeigt sich auch, dass mit Ausnahme der AfD im Schnitt die Position der Wähler*innen der jeweiligen Parteien durchweg restriktiver eingeschätzt wird als die eigene Position und die Position der Parteien.

Welche Einflussfaktoren bedingen das Ausmaß zur liberalen Einstellung zu Migrationspolitik? Werden die Zusammenhänge in Abbildung 2 bivariat betrachtet, wird deutlich, dass die Fraktionszugehörigkeit für die Abgeordneten in den meisten Parteien (außer bei der FDP) eine Rolle für die migrationspolitische Positionierung spielt. Daraus ließe sich vermuten, dass die *beliefs* der FDP-Fraktion in migrationspolitischen Fragen weniger konsistent sind als die der anderen Parteien. Die Zugehörigkeit zu CDU oder zur AfD stehen in einer Verbindung mit restriktiven, die Zugehörigkeit zu SPD, Linke oder Grüne mit einer liberalen migrationspolitischen Einstellung. Liberale migrationspolitische Einstellungen hängen eng zusammen mit antizipierten liberalen Einstellungen in der eigenen Partei ($r = .924$, $p < .01$) oder der Wähler*innenschaft ($r = .848$, $p < .01$). Die Steuerung von Migration ist ein legitimes Anliegen von souveränen Staaten, daher wurde kein Automatismus zwischen einer restriktiven Einstellung und eigenen Ressentiments gegenüber migra-

tionsbezogener Vielfalt unterstellt. Die Ergebnisse zeigen, dass eine fehlende Anerkennung der Diversität für liberale Einstellungen ($r=-0,605$, $p<,01$) nicht dienlich ist.

Abbildung 2: Zusammenhänge und Gründe für liberale migrationspolitische Einstellungen

Zugungsmöglichkeiten: Liberale migrationspolitische Einstellungen						
Statistiken	OLS-Regression			Bivariate Korrelation		
	ANOVA			Pearson-		
	F (8, 171) 135.24			Korrelationskoeffizient		
	Prob > F ,000					
	Koef. (ß)	p (sig.)	Beta	Koef. (r)	Sig.	N
Zugungsmöglichkeiten: Position Wähler*innen	,185	,030	,147	,848	,000	183
Zugungsmöglichkeiten: Position Partei	,889	,000	,838	,924	,000	182
Ressentiment: Einwanderer*innen	-,102	,168	-,054	-,605	,000	181
Parteizugehörigkeit: CDU/CSU	Referenzkategorie			-,308	,000	183
Parteizugehörigkeit: SPD	-,015	,670	-,019	,351	,000	183
Parteizugehörigkeit: FDP	-,050	,148	-,051	,075	,312	183
Parteizugehörigkeit: B'90/Grüne	-,089	,061	-,084	,316	,000	183
Parteizugehörigkeit: LINKE	-,136	,007	-,130	,317	,000	183
Parteizugehörigkeit: AfD	-,018	,609	-,020	-,610	,000	183
Konstante	,070	,226				
R² (adj. R²)	,864 (.857)					
N	180					

Quelle: Die Variable ›Ressentiment: Einwanderer*innen‹ stellt einen additiven Index aus drei Variablen dar: ›Einwanderinnen und Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen‹, ›Deutschland braucht eine jährliche Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen‹ und ›Einwanderinnen und Einwanderer sind gut für die deutsche Wirtschaft‹. Koef. (ß) steht für den Schätzparameter der OLS-Regression, während Koef. (r) für den bivariaten Korrelationskoeffizienten Pearson steht und p für den Signifikanzwert, der über die Überzufälligkeit eines Zusammenhangs Auskunft gibt.

Wird mit einem inferenzstatistischen Verfahren der Einfluss der Variablen betrachtet, zeigt sich folgendes Bild: Die Regressionsanalyse verdeutlicht, dass die eigenen Einstellungen zu Migrationspolitik – unter Konstanzhaltung der anderen Variablen – maßgeblich durch die parteipolitische Position ($\beta=,838$, $r<0,01$) geprägt sind. Je eher eine liberale Einstellung innerhalb der Partei antizipiert wird, desto eher neigen Mandatsträger*innen selbst zu einer liberalen Haltung. Ein Anstieg einer antizipierten liberaleren Positionierung der Parteien um eine Einheit (restriktiv vs. liberal) führt zu einer positiveren Haltung der*des Mandatsträger*in bezüglich einer liberalen Migrationspolitik um 0,889 (auf einer Skala von 0 bis 1). Dieser Zusammenhang ist statistisch hochsignifikant, da er die stark restriktiven den stark liberalen Positionen gegenüberstellt. Auch antizipierte liberale Einstel-

lungen innerhalb der Wähler*innenschaft ($\beta = ,185$, $p < ,05$) haben eine signifikante Wirkung auf liberale Einstellungen ihrer Repräsentant*innen. Migrationspolitik ist für viele Parteien nur ein Themenfeld von vielen. Im Vergleich zur dominanten regierungsbildenden Fraktion der CDU/CSU unterscheiden sich lediglich Mandatsträger*innen der Linken oder der Grünen signifikant. In kategorialen Variablen, bei denen innerhalb der Gruppe geringe Varianz aufzufinden ist, ist eine sinnvolle Interpretation der Variablen nicht möglich, trotz der notwendigen Berücksichtigung. Die Ablehnung migrationsbezogener Vielfalt spielt unter Konstanthaltung der anderen Variablen keine signifikante Rolle. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die verwendeten unabhängigen Variablen sehr gut die Varianz der abhängigen Variablen ($R^2 = 86,4\%$) erklären können. Dies verwundert durch die hohe Relevanz der antizipierten Einstellungen in der Partei jedoch kaum. Wie so häufig in Querschnittbefragungen besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass sich die Mandatsträger*innen einer Partei anschließen, weil ihre Einstellung liberal ist.

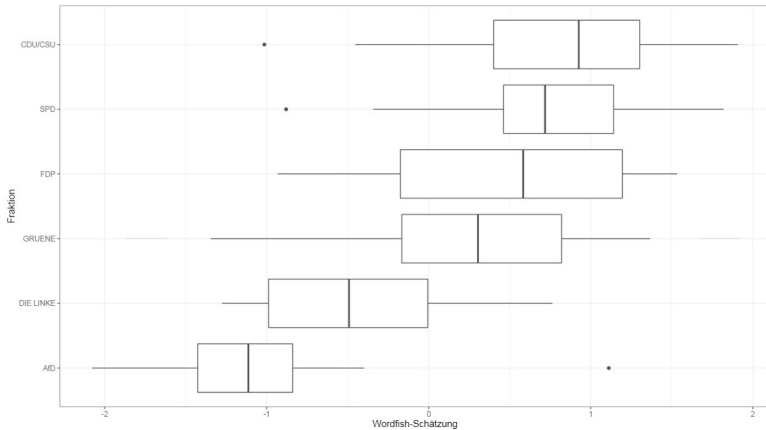
4.2 Wie ist der Sprachgebrauch zu Migrations- und Integrationsfragen?

Nachdem nun das Einstellungsklima betrachtet wurde, stellt sich die Frage, wie das Diskursklima zu Migrationspolitik im Bundestag aussieht. Abbildung 3 zeigt die nach Fraktionszugehörigkeit aggregierten sprachlichen Positionierungen der Abgeordneten, die mit dem *Wordfish*-Verfahren¹⁰ ermittelt wurden.

Auf den ersten Blick wird deutlich: Es findet eine parteipolitische Differenzierung statt. Eine Einordnung in ein klassisches Schema gelingt nicht, da nur das Themenfeld »Migrationspolitik« betrachtet wird. In diesem müssen die Pole der Dimension erst bestimmt werden, und daher muss es nicht zutreffen, dass diese Skala sich zwischen den Polen »liberale« und »restriktive« Migrationspolitik verorten lässt. Als induktives Verfahren müssen die Positionen, die von *Wordfish* ermittelt, also erst *a posteriori* interpretiert werden

10 Während *Wordfish* keine a priori festgelegten Referenzdokumente benötigt, ist es notwendig, Orientierungspunkte festzulegen, die Auskunft über die Richtung der Dimension geben. Hierfür wurden die Redebeiträge von Alexander Gauland (Fraktionsvorsitzender der AfD) und Katrin Göring-Eckardt (Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen) ausgewählt.

Abbildung 3: Sprachliche Varianz in der Migrationspolitik in der 19. Legislaturperiode



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des GermaParl-Korpus. Anmerkung: Basierend auf Schätzungen des Wordfish-Modells. Das Wordfish-Modell wurde auf die migrationspolitischen Reden angewandt. Alle Redebeiträge einer*ines Redner*in wurden zu einem Dokument zusammengefasst.

(Pappi/Seher 2009: 413). Hier hilft es, die mit den jeweiligen Polen assoziierten Wörter zu betrachten. Der »linke« Pol ist durch Begriffe mit Finanz- bzw. Haushaltskontext gekennzeichnet (»Staatsfinanzierung«, »Zinskosten«). Der »rechte« Pol ist durch Begriffe wie »Zuwanderungsrecht« und andere rechtlich konnotierte Begriffe charakterisiert. Ohne Kontext ist eine abschließende Bewertung schwierig, doch im hier untersuchten Subkorpus werden scheinbar verschiedene Themen abgedeckt, die eher in einem Regierung-Opposition-Schema angeordnet sind. Dass es sich eher um unterschiedliche fraktions-spezifische thematische Schwerpunktsetzungen innerhalb des Themas der Migrationspolitik handelt als um tatsächliche Positionierungen auf einer Dimension, zeigt auch das jeweils für jede Fraktion im Vergleich zu allen Reden der 19. Legislaturperiode berechnete signifikante Vokabular. Dieses deutet auf eine Spannbreite zwischen eher problematisierenden und eher administrativen Begriffen (Anhang 2). Dies kann die »schräge« Skala erklären, die weniger Ideologie als einen anders gelagerten inhaltlichen Schwerpunkt abzubilden scheint. Es verweist auf die Herausforderung, dass die Schlussfolgerung sub-

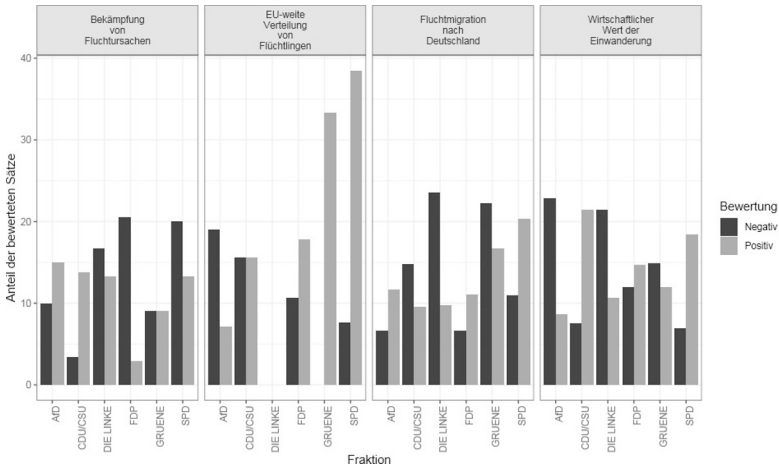
stanziieller Präferenzen oder Positionen aus dem Sprachgebrauch auch dann schwierig ist, wenn Sprache, Genre und der grundsätzliche thematische Kontext der Analyse zugrundeliegenden Textdaten bestmöglich stabil gehalten werden (siehe dazu: Lauderdale/Herzog 2016: 375). Die Datengrundlage ist durch das absichtlich begrenzte Diktionär zudem relativ schmal (160 Redner*innen nach Filterung kurzer Dokumente), sodass Störfaktoren in Form einer Überbetonung einzelner Debatten nicht ausgeschlossen werden können. Für die Dynamiken innerhalb von Fraktionen (Debus/Bäck 2014: 341-342) ist die Zahl der Sprechenden und die Varianz der eingenommenen Positionen aufschlussreich. Sprachliche Dominanz gibt es bei der AfD, hier sind Reden von 46 Sprecher*innen in die Berechnung eingegangen; und die CDU/CSU-Fraktion mit 38 Sprecher*innen. Im Vergleich zu den anderen Fraktionen außer der SPD weisen diese beiden eine etwas geringere interne Varianz auf.

Nachdem die Skalierung bereits erste Hinweise auf die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Politikfeld gab, kann die Sentimentanalyse zu ausgewählten Begriffen einen detaillierten, auf einzelne Aspekte der Debatte bezogenen Einblick in den Sprachgebrauch politischer Repräsentant*innen ermöglichen. Abbildung 4 stellt den Anteil positiver und negativer Bezugnahmen je Kategorie und Fraktion dar. Dabei wird angenommen, dass die Kategorien in Tabelle 1 auf der Dimension restriktiver bzw. liberaler migrationspolitischer Positionierungen angeordnet werden können.¹¹ Bei den folgenden Analysen ist außerdem zu beachten, dass die Auswertung auf Fraktionsebene dazu führt, dass teilweise nur sehr wenige Sätze überhaupt bewertet wurden. Während der Komplex »Bekämpfung von Fluchtursachen« durch ambivalente Bezugnahmen aller Fraktionen (außer CDU/CSU und FDP) charakterisiert ist, ist die Varianz insbesondere bei Fragestellungen, die die europäische Ebene betreffen, größer. Diese Darstellung macht deutlich, dass es auch innerhalb der Fraktionen unterschiedliche Bewertungen gibt: Nicht alle Aspekte werden gleichermaßen positiv oder negativ diskutiert. In den Reihen der SPD können überwiegend positive Bewertungen beobachtet werden, während es in anderen Fraktionen zu Differenzierungen kommt (etwa positive Bezugnahmen zur Arbeitsmarktintegration und vergleichsweise zurückhaltende Bezugnahmen zur europäischen Verteilung bei der CDU/CSU-Fraktion). Das für die *Wordfish*-Analyse beschriebene Regierung-Opposition-Schema kann auch hier tendenziell beobachtet werden. Dabei kann ohne qualitative Analyse nicht bewer-

11 Da die Methode einen »inbuilt neutrality bias« aufweist (Rauh 2018a: 326), wird der Anteil neutraler Sätze nicht dargestellt.

tet werden, ob sich negative Bezugnahmen der betreffenden Fraktionen auf die migrationspolitischen Streitfragen an sich oder auf das Regierungshandeln innerhalb der jeweiligen Themenfelder beziehen.

Abbildung 4: Sentiments zu ausgewählten Migrationsthemen nach Fraktionen



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des GermaParl-Korpus.

Um die im Methodenteil angesprochenen Grenzen der Methode einschätzen zu können, ist die Betrachtung der Begriffe hilfreich, die tonale Ladungen tragen. Die Tabelle in Anhang 3 zeigt jeweils die zehn häufigsten Begriffe, die positive oder negative Tonalität indizieren. Eine Limitation wird deutlich: Selbst mit dem auf politische Sprache fokussierten Diktionär sind Ambivalenzen im Sprachgebrauch nicht ausgeschlossen (Foroutan 2019). Insbesondere in Hinblick auf das Politikfeld Migrationspolitik ist fraglich, inwiefern der Begriff »Flüchtling« als negativ konnotiert gelten sollte. Dies trifft allerdings auf alle Fraktionen gleichermaßen zu.

4.3 Einstellung und Sprachgebrauch als komplementäre Zugänge

Die Gegenüberstellung der umfragebasierten Einstellungsforschung und der textanalytischen Betrachtung des parlamentarischen Sprachgebrauchs zeigt, dass beide Zugänge komplementär zu verstehen sind. Während die Einstellungsforschung eine definierte Dimension klar darstellen kann, erlaubt der

textanalytische Zugang die Kontextualisierung und die induktive Differenzierung des theoretisch motiviert umrissenen Forschungsgegenstandes.

Die Ergebnisse zeigen, dass der individuelle Gestaltungsspielraum der Akteur*innen in der Migrationspolitik nur begrenzt zu erkennen ist. Dies wird vor allen deutlich, wenn das Einstellungsklima mittels Umfragen Beachtung findet. Die bivariaten Analysen konnten einen Zusammenhang von eigener Einstellung zu migrationsbezogener Vielfalt, die gedachte Positionierung der Wähler*innen der Parteien sowie der gedachten Positionen der Parteien auf die Positionierung zu Erleichterung oder Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer*innen zeigen. Das Ergebnis der OLS-Regression hingegen rückte besonders die Bedeutung der parteipolitischen Positionierung in den Vordergrund. Die Einstellung zu Migrationspolitik ist maßgeblich vom politischen Umfeld abhängig (*Office*-, *Vote*- und *Policy-Seeking*) und passt sich dem Umfeld an. Das Einstellungsklima zeigt eine generell eher liberale Haltung, insbesondere unter Abgeordneten der Grünen, der Linken und der SPD.

Die Betrachtung des diskursiven Verhaltens eröffnet gerade den Blick für die interne Varianz der Fraktionen. Hier zeigte sich, dass quantitativ dominante Gruppen (CDU/CSU, AfD) eher eine geringe interne Abweichung aufweisen. Mittels des *Wordfish*-Verfahrens konnte textanalytisch nachvollzogen werden, dass migrationspolitische Positionierungen generell keiner klassischen Links-rechts-Einordnung folgen. Da es aber innerhalb des Politikfeldes zu differenzierten Themensetzungen der individuellen Fraktionen zu kommen scheint, kann eine Analyse gewinnbringend sein, die auf spezifischere inhaltliche Fragestellungen abzielt. Ohne die Berücksichtigung des sprachlichen Kontextes ist eine abschließende Bewertung schwierig. Die Ergebnisse der Sentimentanalyse gaben Auskunft darüber, dass einzelne migrationspolitische Fragestellungen auch innerhalb von Fraktionen divers diskutiert werden, was vor allem in der negativen Bewertung deutlich wird. Zudem zeigte sich, dass Fragen liberaler Migrationspolitik aus der SPD häufig positive Bezugnahmen erfahren. Eine größere Differenzierung mit vergleichsweise zurückhaltender Bezugnahme zur europäischen Verteilung kann für die CDU/CSU-Fraktion diagnostiziert werden. Problematisch bei der Verwendung von Sentimentanalyse ist, dass in migrationspolitischen Debatten häufig generelle Missstände benannt, die für sich genommen negativ bewertet werden (bspw. »Krieg«) und zugleich wenig Aussagekraft für die hiesige Fragestellung aufweisen. Dementsprechend muss darauf hingewiesen werden, dass dies die Validität der Sentimentanalyse einschränkt und die Entwicklung eines politikfeldspezifischeren Zugangs erstrebenswert ist.

Eine Herausforderung dieses triangulativen Zugangs liegt darin, dass die aus beiden Ansätzen resultierenden Skalen nicht unmittelbar dasselbe darstellen müssen. Während die Werte auf der Einstellungsdimension klar in liberale und restriktive Positionen überführt werden können, deuten die Ergebnisse des induktiven Verfahrens von *Wordfish* auf eine andere Skalierung hin. Wie auch die Diskussion der Ergebnisse des *Wordfish*-Ansatzes gezeigt hat, wäre die Übertragung der Skala der Einstellungs- auf die Sprachgebrauchsanalyse hier also potenziell irreführend gewesen. Aus diesem Grund wurde auf eine Zusammenführung beider Auswertungen verzichtet.

5 Fazit

Trotz der Ausweitung von Dimensionalitäten in der Migrationspolitik ist das Feld durch das Gegensatzpaar geschlossener und offener Gesellschaft gekennzeichnet. Diese beiden Pole werden meist mit liberalen oder restriktiven migrationspolitischen Maßnahmen in Verbindung gebracht, die nicht zu jedem Zeitpunkt klar voneinander zu trennen sind und häufig Ergebnisse komplexer Kompromisslösungen darstellen. Da Migrationspolitik mit Identitäts- und Gesellschaftspolitik verbunden ist, kommt den Themenbereichen eine gesamtgesellschaftliche Rolle zu, wenngleich sie nicht zu jedem Zeitpunkt eine starke Aufmerksamkeit und Politisierung erfährt.

Dabei wurde die (methodische) Frage diskutiert, ob sich liberale oder restriktive Einstellungen zu Migrations- und Integrationsthemen politischer Entscheidungstragenden im Sprachgebrauch niederschlagen. Da es sich um zwei verschiedene Datenarten handelt, lag der Fokus auf den Möglichkeiten und Grenzen eines triangulativen Designs bei (Sekundär-)Daten. Der Blick richtete sich auch auf Zusammenhänge zwischen migrationsbezogenen Einstellungen und Reden. Datengrundlagen waren die GLES-Kandidatenstudie (2018) und das GermaParl-Korpus (Blätte 2020), die für diesen Zweck vorgestellt wurden. Insbesondere bei Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und mit kleineren Einschränkungen bei der SPD zeigen die Positionierungen der politischen Repräsentant*innen eine (eher) liberale Haltung. Dominant restriktive Einstellungen zur Migrationspolitik weist hingegen die AfD auf. Inwiefern diese Einstellungen auch auf den Sprachgebrauch niederschlagen, muss differenziert betrachtet werden. Die Frage kann für die SPD teilweise bejaht werden. Für die CDU/CSU-Fraktion zeigt sich generell ein ambivalenter Sprachgebrauch, jedoch kann der Aussage auch für die CDU/CSU

zumindest hinsichtlich der Kategorien der Fluchtursachen und der Arbeitsmigration tendenziell zugestimmt werden.

Die komplementären Zugänge zum Einstellungsklima und Diskursklima von Parteien weisen zwei zentrale Merkmale und Herausforderungen auf. Zunächst kann eine triangulative Analyse, die mit Umfragedaten verknüpft werden, lediglich auf aggregierter Ebene erfolgen, da Umfragen in der Regel anonymisiert erhoben werden. Werden die »sprachliche Varianz« der Parteien betrachtet, ergibt sich aus der induktiven Logik der Skalierung im *Wordfish*-Verfahren eine Skala, die eher problematisierende und administrative Pole abbildet, die nicht zwangsläufig auf liberale und restriktive migrationspolitische Einstellungen zurückzuführen sind. Das im Sprachgebrauch dominante Regierungs-Oppositions-Schema findet sich wiederum nicht sehr stark in der Einstellungsdimension wieder.

Anhang

Anhang 1: Operationalisierung GLES-Datensatz 2017 (Kandidat*innen-Umfrage)

Theoretisches Konstrukt	Variable	Frage	Abhängige Variablen – Einstellung zu Migrationspolitik	Kodierung	Umkodierung & weitere Informationen
Einstellung zu Migrationspolitik ... eigene Position	c6	Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?		1 Zuzugsmöglichkeiten sollten leichtert werden (...) 11 Zuzugsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden	0 Zuzugsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden (...) 1 Zuzugsmöglichkeiten sollten leichtert werden
Unabhängige Variablen					
Einstellung zu Migrationspolitik	Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden?				
... Partei	c7	Und wie ist die Position Ihrer eigenen Partei zum Thema Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer?		1 Zuzugsmöglichkeiten sollten leichtert werden (...)	0 Zuzugsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden (...)
	c8	Und wo würden Sie die Wählerinnen und Wähler Ihrer eigenen Partei einordnen?		11 Zuzugsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden	1 Zuzugsmöglichkeiten sollten leichtert werden
Ressentiment: Einwanderer*innen	c2a	Einwanderinnen und Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.		1 Stimme voll und ganz zu (...)	1 Stimme voll und ganz zu (...)
	c2l	Deutschland braucht eine jährliche Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen.		5 Stimme überhaupt nicht zu (...)	0 Stimme überhaupt nicht zu (...)
	c2m	Einwanderinnen und Einwanderer sind gut für die deutsche Wirtschaft.		1 Stimme voll und ganz zu (...)	1 Stimme überhaupt nicht zu (...)
Fraktionszugehörigkeit	a1	Kandidat*in angetreten für Partei		5 Stimme überhaupt nicht (...)	0 Stimme voll und ganz zu (...)
Anpassungsgewicht	wei mdb	Grundgewicht Mandatsträger*innen		Additiver Index: (c2a+c2l+c2m) / 3 Dummy-Variablen mit CDU/CSU als Referenzkategorie	

Anhang 2: Signifikantes migrationspolitisches Vokabular der jeweiligen Fraktion in der 19. Legislaturperiode im Vergleich zu allen allen Reden aller Fraktionen der Legislaturperiode

AfD	DIE LINKE	GRUENE	FDP	SPD	CDU/CSU
Migranten	Migrantinnen	Einwanderungsgesellschaft	Migrationspolitik	Migration	Migration
Migration	Migrationszentren	Migrantinnen migranten	Migration	Migrantinnen	Zuwanderung
Einwanderung	Maryam	Arbeitsmigrantinnen	Einwanderung	Familiennachzug	subsidiär
Zuwanderer	Migranten	Einwanderungsgesetz	Einwanderungsgesetz	Gastarbeiter	Familiennachzug
Zuwanderung	Migration	Einwanderungsgesellschaft	Wolfsmigration	Einwanderungsgesetz	Einwanderungsgesetz
Merkel	AussiedlerInnen	Einwanderungsgesetz	Somers	Zuwanderung	Schutzberechtigten
illegale	Leistungsausschlüsse	Einwanderungsland	Punktesystem	Khalid	Migranten
Asylbewerber	Angstkampagne	Rassismus	Einwanderungsrecht	Einwanderungsland	Punktesystem
Masseneinwanderung	Familiennachzug	Talentkarte	Migrationsgipfel	Fachkräfteeinwanderungsgesetz	Asylverfahren
Sozialsysteme	Einbürgerungsoffensive	Migranten	Ungerechtigkeit	Migrationshintergrund	Außengrenzen
Ausländer	unverheiratete	BAMF	Ägätschen	Bundespolizistinnen	Flüchtlinge
Grenzen	Massenunterkünften	Einwanderungswilligen	Lohnstückkosten	Abschiebungshaft	Asylsystem
Wirtschaftsmigranten	Abdi	Wanderarbeiterinnen	Seehofer	Akademiker	Steuerung
Merkels	Abschiebebegezet	Kämpferinnen	Fachkräfteeinwanderung	Fotografinnen	Frontex
Migrationspolitik	Altbriten	Migrationsspekt	Abschiebehaftplätze	Sachzwänge	Compact
Migrationsspekt	Ausweisungsschutz	Staatsangehörigkeitsrecht	eingibt	Menschen	Ausreisepflicht
Flüchtlinge	Außenposten	Migration	Behördenchaos	Einwanderung	Integrationsfähigkeit
Migrant	Biodeutsche	Einwanderung	Binnenhandel	Migranten	Grenzschutz
Massenmigration	Durchzockerei	Geschützten	Gipfelergebnisse	Armando	Grenzkontrollen
Globalen	EXIF	Impulspapier	Kreuth	Eingebürgerte	Zuwanderungsrecht

Anhang 3: Top-10 der Sentiment-Worte nach Polarität und Fraktion

Fraktion	Positive Begriffe im Wortumfeld	Negative Begriffe im Wortumfeld
AfD	dafür (7), eben (7), ja (6), neue (5), klar (4), schnell (4), ausbildung (3), bürger (3), entwicklung (3), ergebnis (3)	müssen (8), flüchtlinge (7), probleme (4), weniger (4), aussetzung (3), flüchtlingen (3), illegale (3), laut (3), nie (3), angeblich (2)
CDU/CSU	gut (10), dafür (9), neue (9), wichtig (8), qualifizierte (7), recht (7), richtig (7), anerkennung (6), ja (6), neuen (6)	müssen (19), aussetzung (12), eingeschränkt (12), flüchtlinge (10), abschaffen (6), flüchtlingen (6), dringend (5), ende (5), flucht (5), sorgen (5)
DIE LINKE	recht (7), ja (4), anspruch (3), dafür (3), abkommen (2), anteil (2), ausbilden (2), bedeutet (2), beitrags (2), besonders (2)	endlich (5), flüchtlinge (4), abschaffen (2), aussetzung (2), druck (2), fast (2), flüchling (2), flüchtlingen (2), getrennt (2)
FDP	gut (10), gemeinsamen (6), großen (6), schaffen (4), besser (4), integrierte (4), liebe (4), möglich (4), qualifizierte (4), beitrags (3)	endlich (16), müssen (14), dringend (14), flüchtlinge (4), problem (4), sorgen (4), aussetzung (3), verlassen (3), wenig (3), ausgesetzt (2)
GRÜNE	dafür (3), eben (3), gute (3), ja (3), liebe (3), recht (3), ausbildung (2), besonders (2), bildung (2), deutlich (2)	müssen (5), allein (2), ausgesetzt (2), einschränkung (2), ende (2), endlich (2), herausforderung (2), kaum (2), kritisieren (2), mangel (2)
SPD	gut (10), ermöglichen (7), ja (7), dafür (6), deutlich (5), funktioniert (5), möglich (5), liebe (4), qualifizierten (4), richtig (4)	müssen (10), aussetzung (5), endlich (4), bearbeitet (2), beschäftigte (0), bitte (2), flüchtlinge (2), flüchtlingen (2), notwendig (2), trennen (2)

Literatur

- Bendel, Petra/Borkowski, Andrea (2016): Entwicklung der Integrationspolitik. In: Heinz Ulrich Brinkmann/Martina Sauer (Hg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS. 99-116.
- Beyme von, Klaus (1981): Do Parties Matter? Der Einfluß Der Parteien Auf Politische Entscheidungen. *Politische Vierteljahresschrift* 22 (4): 343-358.
- Blätte, Andreas (2016a): Migrationspolitik in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth/Marianne Kneuer/Gert Pickel (Hg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden: Springer VS: 767-781.
- Blätte, Andreas (2016b): Politische Steuerung im Migrations-Integrations-Dilemma. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26 (1): 79-86.
- Blätte, Andreas (2017): Multikulti ist tot? Lang lebe Vielfalt! In: Christoph Bieber/Andreas Blätte/Karl-Rudolf Korte/Niko Switek (Hg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Studien der NRW School of Governance*, Wiesbaden: Springer VS, 163-171.
- Blätte, Andreas (2020): GermaParl. Linguistically Annotated and Indexed Corpus of Plenary Protocols of the German Bundestag. CWB corpus version 1.0.6. <https://doi.org/10.5281/zenodo.3742113> vom 01.02.2021.
- Blätte, Andreas/Blessing, André (2018): The GermaParl Corpus of Parliamentary Protocols. In: *Proceedings of the Eleventh International Conference on Language Resources and Evaluation (LREC 2018)*, 810-816.
- Blätte, Andreas/Schmitz-Vardar, Merve/Leonhardt, Christoph (2020): Mig-Press. Ein Zeitungskorpus für die Migrations- und Integrationsforschung. <http://migpress.de/> vom 01.02.2021.
- Bottomore, Tom B. (1966): *Elite und Gesellschaft: eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems*, München: Beck Verlag.
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike (2012): *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Converse, Philip E. ([1964] 2006): The nature of belief systems in mass publics. *Critical Review* 18 (1-3): 1-74. DOI: 10.1080/08913810608443650.
- Czaika, Mathias/De Haas, Hein (2013): The Effectiveness of Immigration Policies. *Population and Development Review* 39 (3): 487-508.
- De Haas, Hein/Czaika, Mathias/Flahaux, Marie-Laurence/Mahendra, Edo/Natter, Katharina/Vezzoli, Simona/Villares-Varela, María (2019): Interna-

- tional Migration. Trends, Determinants, and Policy Effects. *Population and Development Review* 45 (4): 885-922. DOI: 10.1111/padr.12291.
- Debus, Marc/Bäck, Hanna (2014): Der Einfluss von Mandatstyp und Wahlkreiseigenschaften auf die inhaltlichen Positionen in Parlamentsreden. Eine Untersuchung anhand der parlamentarischen Debatten im Deutschen Bundestag von 1998 bis 2002. *Swiss Political Science Review* 20 (2): 330-353. DOI: 10.1111/spsr.12094.
- Easton, David (1965): *A systems analysis of political life*, New York/London/Sidney: John Wiley & Sons, Inc.
- Foroutan, Naika (2019): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: transcript.
- Freeman, Gary P. (1995): Modes of Immigration Politics in Liberal Democratic States. *The International Migration Review* 29 (4): 881-902.
- GLES (2018): Kandidatenstudie (GLES 2017). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6814 Datenfile Version 3.0.0, DOI: 10.4232/1.13089.
- Grimmer, Justin/Stewart Brandon M (2013): Text as Data. The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts. *Political Analysis* 21: 267-297. DOI: 10.1093/pan/mpso28.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 15-31.
- Hoffmann-Lange, Ursula/König, Thomas (1998): Politische Eliten. In: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 450-455.
- Hollifield, James F. (1992): Migration and International Relations: Cooperation and Control in the European Community. *The International Migration Review* 26 (2): 568-595. DOI: 10.1177/019791839202600220.
- Ismayr, Wolfgang (2012): *Der Deutsche Bundestag*. 3. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.
- Jankowski, Michael/Schneider, Sebastian H./Tepe, Markus (2019): »...Deutschland eben«. Eine Analyse zur Interpretation des Begriffs »rechts« durch Bundestagskandidaten auf Grundlage von Structural Topic Models. In: Markus Steinbrecher/Evelyn Bytzek/Ulrich Rosar (Hg.), *Identität – Identifikation – Ideologie. Wahlen und politische Einstellungen*, Wiesbaden: Springer VS, 141-179.

- Kantner, Cathleen/Overbeck, Maximilian (2018): Die Analyse »weicher« Konzepte mit »harten« korpusanalytischen Methoden. In: Andreas Blätte/Joachim Behnke/Kai-Uwe Schnapp/Claudius Wagemann (Hg.), *Computational Social Science. Die Analyse von Big Data*, Baden-Baden: Nomos, 163-190.
- Knaut, Annette (2019): Zur Konstruktion politischer Wirklichkeit. Abgeordnete auf Twitter. in: Wolf J. Schünemann/Marianne Kneuer (Hg.), *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich*, Baden-Baden: Nomos, 403-432.
- Kolb, Holger (2003): Die »gap-Hypothese« in der Migrationsforschung und das Analysepotential der Politikwissenschaft. In: Uwe Hunger/Holger Kolb (Hg.), *Die deutsche »Green Card«. Migration von Hochqualifizierten in theoretischer und empirischer Perspektive*. IMIS-Beiträge 22 Themenheft. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, 13-37.
- Kymlicka, Will/Norman, Wayne J. (2000): Citizenship in Culturally Diverse Societies. Issues, Contexts, Concepts. In: Will Kymlicka/Wayne J. Norman (Hg.), *Citizenship in diverse societies*, Oxford: Oxford University Press, 1-41. DOI: 10.1093/019829770X.001.0001.
- Lauderdale, Benjamin E./Herzog, Alexander (2016): Measuring Political Positions from Legislative Speech. *Political Analysis* 24 (3): 374-394. DOI: 10.1093/pan/mpw017.
- Lauth, Hans Joachim (2017): Anmerkungen aus komparativer Sicht zum Politikmanagement in der Einwanderungsgesellschaft. In: Christoph Bieber/Andreas Blätte/Karl-Rudolf Korte/Niko Switek (Hg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft*. Studien der NRW School of Governance, Wiesbaden: Springer VS, 19-26.
- Lauth, Hans Joachim/Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2014): *Vergleich politischer Systeme*, Paderborn: UTB.
- Lowe, Will (2017): Austin: Do things with words. Version 0.3.0 <http://conjugateprior.github.io/austin> vom 02.02.2021.
- Merkel, Wolfgang (2011): Systemtransformation. Konsolidierung und Qualität der Demokratie. In: Florian Grotz/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), *Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 27-46.
- Mikolov, Tomas/Sutskever, Ilya/Chen, Kai/Corrado, Greg/Dean, Jeffrey (2013): Distributed Representations of Words and Phrases and their Compositionality. <https://arxiv.org/abs/1310.4546> vom 06.12.2020.

- MIPEX (2020): Germany. <https://www.mipex.eu/germany> vom 01.02.2021.
- Pappi, Franz Urban/Seher, Nicole Michaela (2009): Party Election Programmes, Signalling Policies and Salience of Specific Policy Domains. The German Parties from 1990 to 2005. *German Politics* 18 (3): 403-425. DOI: 10.1080/09644000903055831.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020): Politische Kultur und gesellschaftliche Integration. In: Gert Pickel/Oliver Decker/Steffen Kailitz/Antje Röder/Julia Schulze Wessel (Hg.), *Handbuch Integration*, Wiesbaden: Springer VS.
- Proksch, Sven-Oliver/Slapin, Jonathan B. (2015): *The Politics of Parliamentary Debate. Parties, Rebels, and Representation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- R Core Team (2020): R: A language and environment for statistical computing. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria. <https://www.R-project.org/> vom 02.02.2021.
- Rauh, Christian (2018a): Validating a sentiment dictionary for German political language. A workbench note. *Journal of Information Technology & Politics* 15 (4): 319-343. DOI: 10.1080/19331681.2018.1485608.
- Rauh, Christian (2018b): Replication Data for: Validating a sentiment dictionary for German political language, Harvard Dataverse, V1. DOI: 10.7910/DVN/BKBXWD.
- Remus, Robert/Quasthoff, Uwe/Heyer, Gerhard (2010): SentiWS – a Publicly Available German-language Resource for Sentiment Analysis. In: *Proceedings of the 7th International Language Resources and Evaluation (LREC'10)*: 1168-1171.
- Roberts, Margaret E./Stewart, Brandon M./Tingley, Dustin (2019): stm. An R Package for Structural Topic Models. *Journal of Statistical Software* 91 (2): 1-40. DOI: 10.18637/jss.v091.i02.
- Rudkowsky, Elena/Haselmayer, Martin/Wastian, Matthias/Jenny, Marcelo/Emrich, Štefan/Sedlmair, Michael (2018): More than Bags of Words. *Sentiment Analysis with Word Embeddings. Communication Methods and Measures* 12 (2-3): 140-157. DOI: 10.1080/19312458.2018.1455817.
- Schaal, Gary S./Lancaster, Kelly/Dumm, Sebastian (2018): Politikwissenschaft und Big Data. Eine epistemologische Reflexion über Herausforderungen, Chancen und Risiken. In: Andreas Blätte/Joachim Behnke/Kai-Uwe Schnapp/Claudius Wagemann (Hg.), *Computational Social Science. Die Analyse von Big Data*, Baden-Baden: Nomos, 53-80.

- Schammann, Hannes (2018): Migrationspolitik. In: Beate Blank/Süleyman Gögercin/Karin E. Sauer/Barbara Schramkowski (Hg.), *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, 67-85.
- Schmitz-Vardar, Merve (2020): Regionale Differenzen in der gesellschaftlichen Integration. In: Gert Pickel/Oliver Decker/Steffen Kailitz/Antje Röder/Julia Schulze Wessel (Hg.), *Handbuch Integration*, Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitz-Vardar, Merve (2021): Regieren nach Umfragen. Wie können repräsentative Umfragen responsives Handeln ermöglichen? In: Karl-Rudolf Korte/Martin Florack (Hg.), *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-30074-6_62-1.
- Schnapp, Kai-Uwe/Blätte, Andreas (2018): Epistemologische, methodische und politische Herausforderungen von Big Data. In: Andreas Blätte/Joachim Behnke/Kai-Uwe Schnapp/Claudius Wagemann (Hg.), *Computational Social Science. Die Analyse von Big Data*, Baden-Baden: Nomos, 25-52.
- Sieberger, Ulrich (2015): Using MP statements to explain voting behaviour in the German Bundestag. An individual level test of the Competing Principals Theory. *Party Politics* 21 (2): 284-294. DOI: 10.1177/1354068812472584.
- Slapin, Jonathan B./Proksch, Sven-Oliver (2008): A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts. *American Journal of Political Science* 52 (3): 705-722.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C. (1999): Political Parties and Hard Choices. In: Kaare Strøm/Wolfgang C. Müller (Hg.), *Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*. Cambridge: University Press: 1-35.
- Thielemann, Eiko/Hobolth, Mogens (2016): Trading numbers vs. rights? Accounting for liberal and restrictive dynamics in the evolution of asylum and refugee policies. *Journal of Ethnic and Migration Studies*. 42 (4): 643-664. DOI: 10.1080/1369183X.2015.1102042.
- Waltinger, Ulli (2010): GermanPolarityClues. A Lexical Resource for German Sentiment Analysis. *Proceedings of the Seventh International Conference on Language Resources and Evaluation (LREC'10)*: 1638-1642.
- Wenzelburger, Georg (2015): Parteien., In: Wenzelburger Georg/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.), *Handbuch Policy-Forschung*, Wiesbaden: Springer VS., 81 – 112. DOI: 10.1007/978-3-658-01968-6_4.

- Wiedemann, Gregor (2016): Text Mining for Qualitative Data Analysis in the Social Sciences. A Study on Democratic Discourse in Germany, Wiesbaden: Springer Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wlezien, Christopher. (1995). The public as thermostat: Dynamics of preferences for spending. *American Journal of Political Science* 39(4): 981-1000.